

Stand: 10.07.2025 13:24:02

Initiativen auf der Tagesordnung der 28. Sitzung des GP

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/7187 vom 24.06.2025
2. Initiativdrucksache 19/7188 vom 24.06.2025



Antrag

der Abgeordneten **Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler, Elena Roon, Franz Schmid** und **Fraktion (AfD)**

Kommunale Kliniken stärken statt abbauen – Für eine starke Krankenhauslandschaft in Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. alle Schritte zu unterlassen, die auf die Schließung, massive Reduzierung oder Umwandlung kommunaler Krankenhäuser insbesondere in Mainburg und im ländlichen Raum abzielen,
2. stattdessen ein Sofortprogramm zum Erhalt und Ausbau der wohnortnahen stationären Versorgung vorzulegen und den besonderen Bedarf kleiner und mittlerer Krankenhäuser bei Fördermitteln und Fachkräftegewinnung prioritär zu berücksichtigen.

Begründung:

Kommunale Krankenhäuser sind das Rückgrat einer flächendeckenden, wohnortnahen und leistungsfähigen stationären Gesundheitsversorgung. Sie sichern medizinische Behandlung unabhängig von wirtschaftlichen Interessen und stehen für eine gemeinwohlorientierte Gesundheitsversorgung. Gerade in Bayern, mit seiner vielfältigen und oft ländlich geprägten Struktur, sind kommunale Kliniken essenziell, um die gesundheitliche Versorgung aller Menschen zu gewährleisten.

Die letzten Jahre haben eindrucksvoll gezeigt, wie systemrelevant die kommunalen Krankenhäuser sind. Die Coronapandemie war eine drastische Belastungsprobe für das gesamte Gesundheitssystem. Sie hat nicht nur die entscheidende Rolle dieser Einrichtungen verdeutlicht, sondern auch ihre strukturellen Herausforderungen offengelegt. Während städtische Großkliniken oft über ausreichende Ressourcen verfügen, stehen kleinere und mittlere Krankenhäuser vor massiven finanziellen und personellen Engpässen. Dennoch sind sie unverzichtbar, um eine medizinische Versorgung sicherzustellen, die Patienten nicht zwingt, lange Anfahrtswege in Kauf zu nehmen.

Die Schließung kommunaler Krankenhäuser bedeutet für viele Menschen eine deutliche Verschlechterung der medizinischen Versorgung. Gerade in ländlichen Regionen sind wohnortnahe Kliniken essenziell. Wenn sie wegfallen, müssen Patienten oft lange Strecken in Kauf nehmen, um medizinische Hilfe zu erhalten. Dies hat weitreichende negative Folgen: Lebensgefährliche Verzögerungen in Notfällen können über Leben und Tod entscheiden, sei es bei Schlaganfällen, Herzinfarkten oder schweren Verletzungen. Jeder zusätzliche Kilometer kann wertvolle Minuten kosten. Wer regelmäßig Behandlungen benötigt oder in seiner Mobilität eingeschränkt ist, wird durch lange Anfahrtswege erheblich belastet. Zudem entstehen höhere Kosten für Patienten, sei es durch lange Anfahrtswege, Wartezeiten oder organisatorische Hürden, die die medizinische Versorgung komplizierter und teurer machen, besonders für einkommensschwache

che Haushalte. Wenn wohnortnahe Krankenhäuser schließen, müssen größere Kliniken in Städten die zusätzliche Patientenlast stemmen, was zu überfüllten Notaufnahmen, längeren Wartezeiten und einer schlechteren Versorgungsqualität führt.

Die breite Unterstützung der Bevölkerung zeigt klar, dass die Bürger in Bayern an ihren wohnortnahen Kliniken festhalten wollen. Zahlreiche Bürgerinitiativen setzen sich aktiv für den Erhalt ein. Auch Unternehmen und Verbände sehen die Notwendigkeit einer stabilen Krankenhauslandschaft für die Versorgung der Mitarbeiter. Angesichts dieser Herausforderungen und der eindeutigen öffentlichen Unterstützung ist die Staatsregierung dringend aufgefordert, sämtliche Maßnahmen zu unterlassen, die auf Schließungen oder Reduzierungen kommunaler Krankenhäuser abzielen.



Antrag

der Abgeordneten **Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler, Elena Roon, Franz Schmid** und **Fraktion (AfD)**

Aufarbeitung von Medikamentenmissbrauch in der Pflege – Lehren aus den Oberpfalz-Fällen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag und im Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Prävention nach Abschluss aller rechtlichen Verfahren über die jüngsten Fälle von mutmaßlichem Medikamentenmissbrauch und unbefugter Medikamentengabe in ambulanten Pflegeeinrichtungen in Bayern, bei denen mehrere Senioren zu Tode kamen, zu berichten.

Begründung:

Ambulante und stationäre Pflegeeinrichtungen tragen eine besondere Verantwortung für den Schutz und das Wohlergehen ihrer Bewohner. Die jüngst bekannt gewordenen Vorfälle in der Oberpfalz, bei denen mehreren alten und hilflosen Menschen mutmaßlich ohne ärztliche Anordnung starke Schmerz- und Betäubungsmittel (darunter Fentanyl und Morphin) verabreicht wurden, machen erneut deutlich, dass bestehende Kontroll- und Schutzmechanismen in der Pflege unzureichend sein könnten.

Bereits im April 2024 zeigte der AOK-Report, dass Menschen in Pflegeheimen häufig dauerhaft angstlösende Mittel erhalten. Diese Erkenntnisse aus dem vergangenen Jahr machen deutlich, dass Medikamentenmissbrauch in der Pflege kein Einzelfall, sondern ein systemisches Problem ist, das dringend aufgearbeitet werden muss. Eine angemessene Versorgung der älteren Generation muss jederzeit gewährleistet sein.

Pflegebedürftige Menschen befinden sich in einer besonderen Schutzsituation. Sie sind auf die Integrität, Sorgfalt und fachgerechte Betreuung des Personals angewiesen und können sich oft nicht selbst verteidigen. Die aktuellen Anschuldigungen gegen Pflegekräfte, insbesondere die nicht autorisierte Gabe potenziell lebensgefährlicher Medikamente mit teils tödlichem Ausgang, stellen das gesamte Kontrollsystem der ambulanten Pflege in Frage. Die Vorfälle verdeutlichen, dass die aktuellen Kontrollsysteme nicht ausreichen, um Medikamentenmissbrauch wirkungsvoll zu verhindern. Besonders ältere Menschen sind anfälliger für Nebenwirkungen und Medikamentenmissbrauch. Schon kleinste Fehler bei der Medikamenteneinnahme und die Nichteinhaltung der verordneten Dosierung können gravierende gesundheitliche Folgen haben.

Um das Vertrauen in die pflegerische Versorgung nachhaltig zu sichern, braucht es eine systematische, transparente und unabhängige Aufarbeitung der Geschehnisse. Es darf keine Unsicherheiten und unbeantwortete Fragen geben, die Zweifel an der Sicherheit der Pflege aufkommen lassen. Daher ist es von höchster Bedeutung, die Kontrolle der Arzneimittelabgabe in Pflegeheimen zu intensivieren. Allein der AOK-Report 2024 forderte bereits eine strengere Kontrolle und Transparenz bei der Medikamentengabe in Pflegeeinrichtungen. Nur durch regelmäßige und sorgfältige Kontrollen können mögliche Unregelmäßigkeiten frühzeitig erkannt und behoben werden. Dies gewährleistet

nicht nur die Sicherheit der älteren Generation, sondern auch Vertrauen, Transparenz und Verantwortlichkeit im Pflegeheimumfeld.¹

¹ Prozessauftakt: Verteidiger in Prozess gegen Pflegekräfte: Kein Mordversuch | STERN.de